

Tag X in Bonn!

(Atom-)Konsens ist Nonsens!

Aufruf zur Belagerung der Atomkonsensgespräche

„Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt“ (Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung).

In ihrer Koalitionsvereinbarung verspricht die neue rot-grüne Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb einer Legislaturperiode „umfassend und unumkehrbar gesetzlich zu regeln“. Zu diesem Zweck wurde als Teil des sog. 100-Tage-Programms der neuen Regierung eine Novelle des Atomgesetzes angekündigt, in der neben einer Streichung des Förderzwecks, die AKW-Betreiber zu einer Sicherheitsüberprüfung und zu einer Erhöhung der Deckungsvorsorge bei Atomunfällen verpflichtet werden. Außerdem soll die Entsorgung radioaktiver Abfälle auf die direkte Endlagerung beschränkt werden, was nach Auffassung der Grünen ein Verbot der Wiederaufbereitung impliziert. Bis zum Jahr 2030 wird nach einem geeigneten zentralen Endlagerstandort gesucht. In der Zwischenzeit sollen an den AKW-Standorten dezentrale Zwischenlager den anfallenden Müll aufnehmen. In den jetzt beginnenden »Energiekonsensgesprächen« soll innerhalb eines Jahres im Konsens mit der Atomindustrie eine entschädigungsfreie Regelung der Restlaufzeiten für die 19 existierenden Atomkraftwerke in der Bundesrepublik vereinbart werden. Nach Beendigung der Konsensgespräche werden laut Koalitionsvertrag in einem sog. »Atomenergieausstiegsgesetz« die Betriebsgenehmigungen der Atomanlagen zeitlich befristet.

Doch wie lange währt die Halbwertzeit rot-grüner Ausstiegsversprechen? Wie ist es möglich, im Konsens mit der Atomindustrie einen Ausstieg aus der Atomenergie zu beschließen? Die Festlegung, den »Atomausstieg« entschädigungsfrei und im Konsens mit der Atomindustrie zu regeln, beruht im wesentlichen auf der Strategie des niedersächsischen Umweltministers und Schröder-Intimus Wolfgang Jüttner. Einen grundsätzlichen Konflikt mit den mächtigen Energiekonzernen wollen die Sozialdemokraten unter allen Umständen vermeiden. Angeblich sollen mit dieser Konsensstrategie drohende Klagen und Schadensersatzansprüche der Atom-Industrie abgewehrt werden.

„Wir könnten eine Laufzeit von 35 bis 40 Jahren gegenüber den Aktionären vertreten. Weniger wäre blanke Kapitalvernichtung“ (Wilhelm Simson, VIAG/München).

Doch wie könnte ein möglicher Konsens zwischen rot-grüner Bundesregierung und Atomindustrie konkret aussehen? Das sie keineswegs dazu bereit sind, über einen realen Ausstieg aus der Atomenergie zu verhandeln, haben nahezu alle führenden Vertreter der Atomlobby bereits im Vorfeld



der Konsensgespräche bekräftigt. Ihr Interesse richtet sich vielmehr auf eine »Lösung« der nach wie vor offenen Transport- und Entsorgungsproblematik. Und hierzu macht ihnen die neue rot-grüne Bundesregierung durchaus interessante Angebote: die rasche Genehmigung dezentraler Zwischenlager an den Kraftwerksstandorten und die gemeinsame Suche nach einem zentralen Endlagerstandort. Das skandalträchtige und widerstandsanfällige Verschieben des Atom Mülls quer durch die ganze Republik ließe sich auf diese Art weitgehend vermeiden. Die bis zum Jahr 2030 anvisierte Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort schafft Luft in der immer noch völlig ungelösten Entsorgungsfrage – nach wie vor die Achillesferse der Atomindustrie. Gleichzeitig sorgt die rot-grüne Bundesregierung mit der Formel »Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergienutzung« für Beruhigung und Akzeptanz bei der mehrheitlich atomkritischen Bevölkerung.

„Wer schnell aussteigen möchte, der muß mehr Geld ausgeben. Wer sich Zeit läßt, der muß weniger zahlen“ (Hans-Dieter Harig, Preußen-Elektra Vorstandschef).

Der Ausstieg aus der ohnehin unrentablen Wiederaufbereitung, selbstverständlich nach Ablauf der geltenden Verträge und unter Beibehaltung der steuerfreien Entsorgungsrückstellungen, eine rein symbolisch bleibende Änderung des Atomgesetzes sowie evtl. die Abschaltung der einen oder anderen Altanlage könnten dafür im Gegenzug durchaus in Kauf genommen werden. Da Atomenergie auf dem liberalisierten EU-Energiemarkt nicht wettbewerbsfähig ist und aufgrund erheblicher Überkapazitäten der Bau neuer Atomkraftwerke ohnehin in absehbarer Zeit nicht ansteht, stößt auch die von Rot-Grün verkündete Absicht, keine neuen Atomanlagen mehr in der Bundesrepublik zu genehmigen, bei der Industrie nur auf ein müdes Lächeln. Wichtig ist ihr lediglich die Genehmigung von Forschungsreaktoren für eine neue Druck- und Siedewasserreaktorlinie als Basis für ein erfolgreiches Exportgeschäft. Als Kompensation für

ausbleibende Neuinvestitionen im Inland hat der ehemalige Atommanager und jetzige Wirtschaftsminister Müller dem Reaktorbaukonzern Siemens bereits seine Unterstützung bei einer Exportoffensive, insbesondere in Osteuropa, zugesagt.

„Nur der Politik wegen wird in den nächsten vier Jahren kein Reaktor stillgelegt“ (Werner Müller, Bundeswirtschaftsminister).

Für die Restlaufzeiten der 19 vorhandenen AKW gilt die Maxime, daß es zu keinen finanziellen Belastungen der Kraftwerksbetreiber kommen darf. Da die meisten Anlagen bereits vollständig abgeschrieben sind, sind sie für die Atomindustrie hochprofitabel. Und genau an diesem Punkt endet auch die Verhandlungsbereitschaft der Industrie. Bei ihren Profiten hört der Spaß endgültig auf. Deshalb bleibt die Atommafia in diesem Punkt auch bei ihrer Androhung von Schadensersatzklagen in zweistelliger Milliardenhöhe. Die Abschaltung jedes einzelnen ihrer hochsubventionierten und längst amortisierten Reaktoren will sie sich teuer bezahlen lassen. In den Vorabgesprächen mit Bundeskanzler Schröder verkündete der Vorstandsvorsitzende der Preussen Elektra AG, Harig, daß allenfalls Gesamtlaufzeiten von 40 Jahren von der Atombranche akzeptiert würden. Dies deckt sich auffallend mit den von Schröder vor der Wahl ins Gespräch gebrachten Restlaufzeiten von ca. 30 Jahren. Ein entschädigungsfreier Ausstieg bedeutet dann, daß das letzte Atomkraftwerk im Jahr 2030 vom Netz geht, zu einem Zeitpunkt, wo es sowieso die Verschrottungsreife erreicht hat. Während dieser jahrzehntelangen Auslaufphase soll sich die Bundesregierung nach dem Willen der Atomgewaltigen im Rahmen einer sog. »Friedenspflicht« darauf festlegen, den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke durch keine weiteren Maßnahmen zu behindern.

„Was hätte es uns genützt, wenn wir eine Ausstiegsfrist vereinbart hätten, und wir hätten sie später aus rechtlichen Gründen wieder ändern müssen“ (Jürgen Trittin, Bundesumweltminister).

Auch beim zweiten Bereich, der die Atomindustrie wirklich empfindlich treffen würde, den steuerfreien »Entsorgungsrückstellungen« von mindestens 55 Mrd. DM, die den Energiekonzernen jederzeit als Liquiditätsreserve zur Verfügung stehen, gibt es keinerlei Verhandlungsbereitschaft. Bereits die Ankündigung kleiner Abstriche an den Steuergeschenken in Milliardenhöhe hat bei der Industrie zu heftigen Reaktionen geführt. So wird ein Verbot der eigentlich unrentablen Wiederaufbereitung vor allem deshalb abgelehnt, weil durch die damit verbundene Verbilligung der Entsorgung steuerfreie Rückstellungen aufgelöst und nachversteuert werden müßten. Auch die von Finanzminister Lafontaine (SPD) als Bestandteil der Steuerreform eingeplante Besteuerung der Rückstellungen zur Anschaffung von Brennelementen, die dem Bund 3,5 Mrd. DM einbringen soll, wird von der Atomindustrie massiv bekämpft. Auch bei diesen für die Atombranche wirklich heiklen Punkten haben Bundeskanzler Schröder und Wirtschaftsminister Müller in den Sondierungsgesprächen mit führenden Repräsentanten der Energiekonzerne bereits Entgegenkommen signalisiert. Prompt wurde der Entwurf des erst gar nicht eingeladenen Umweltministers für eine Atomgesetznovelle wieder kassiert. Von dem Gesetzesentwurf, den die Grünen noch zu

Oppositionszeiten erarbeitet haben, und der eine Überführung der 55 Mrd. DM Steuerrückstellungen in eine Stiftung öffentlichen Rechts vorsah, um damit die Abschaltung der Atomanlagen und die Endlagerung des verbleibenden Restmülls zu finanzieren, ist ohnehin genausowenig die Rede, wie von dem Ausstiegsgesetz der grünen hessischen Umweltministerin Priska Hinz, mit seinen Restlaufzeiten von fünf Jahren. Mittlerweile halten führende grüne PolitikerInnen sogar eine Ausstiegsperspektive bis zum Jahr 2020 für eine akzeptable Verhandlungsgrundlage in den Konsensgesprächen.

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein deutsches Kernkraftwerk, auch wenn ein paar SPD-Minister im Aufsichtsrat sitzen, auf die Schadensersatzansprüche gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verzichtet“ (Wilfried Steuer, Präsident des Deutschen Atomforums).

Die Vorstellung im Konsens mit der Atomindustrie zu einem wirklichen Ausstieg aus der Atomenergie zu kommen, ist also offensichtlich absurd. Ein Ausstieg aus dem Individualverkehr ließe sich schließlich auch nicht im Konsens mit der Automobilindustrie verwirklichen. Das Kriterium der Entschädigungsfreiheit dient einzig und allein dazu, den Ausstiegszeitpunkt auf den St.-Nimmerleinstag zu verschieben. Wer dem Konflikt mit den mächtigen Energiekonzernen aus dem Weg gehen will, plant in Wirklichkeit einen Deal, der selbst mit einem »Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie« nichts zu tun hat. Die Energiekonsensgespräche schaffen der rot-grünen Bundesregierung Luft, ihren Konflikt um die Atompolitik zu vertagen, und der Atomindustrie bieten sie die Perspektive einer Garantie ihrer (Steuer)Privilegien und einer Entlastung von ihrem größten Imageproblem, der völlig ungelösten Entsorgungsfrage. Zum Start der Konsensgespräche sollten Anti-Atom-Bewegung und Umweltverbände der neuen Bundesregierung und den Atombonzern in Bonn eindrucksvoll demonstrieren, daß wir bei einer Konsens- und Kungelstrategie gegenüber der Atomindustrie konsequenten Widerspruch anmelden. Mit uns gibt es nur einen einzigen Konsens:

Stillegung aller Atomanlagen! Keine Kungelei mit der Atomindustrie! Für den sofortigen und bedingungslosen Ausstieg aus der Atomenergie!

**Kundgebung und Aktionen
am 26. Januar in Bonn!!!!!!!**

**Treffpunkt: Eine Stunde vor Beginn der
»Konsensgespräche« am Bundeskanzleramt
(Adenauerallee/Bundeskanzlerplatz) oder
einem noch zu bestimmenden Ort.**

**Aktuelle Informationen zu Ort und Zeit findet ihr unter:
www.akw-nee.de oder Tel. 02561-961799**

Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet/Bergisches Land
Bundestreffen der Anti-AKW-Standortinitiativen